



KÖNIGLICHE REICHSBANK

Investition Zukunft

Benjamin Michaelis
Schloßstr. 29
06886 Luth. Wittenberg
Telefon: 03491 - 50 60 8601
E-Mail: info@reichsbank.org

in Vollmacht für

Peter
Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek
Petersplatz 1
zu Wittenberg

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

Lutherstadt Wittenberg, den 12. August 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gohr,

hiermit beantragt der Unterzeichner in Vollmacht die **Rücknahme des/der (vermeintlichen) sog. „Bescheide/s“** gemäß § 48 VwVfG mit folgendem/n Geschäftszeichen:

**Q 32-QF 5000-2013/0088(44590) – Go (Bitte stets angeben)
2013/0902355**

Zudem beantragen wir die **Aussetzung der Vollziehung**.

Wir beantragen die Beendigung und **Rückabwicklung aller sog. Vollstreckungsmaßnahmen**.

I.

- 1. Der Vollmachtgeber besitzt Vollstreckungsimmunität. Eine Vollstreckung gegen seine Majestät, Peter, hätte folglich nicht vorgenommen werden dürfen.**
- 2. Es liegen dem Vollmachtgeber und Unterzeichner keine „Bescheide“ vor.**
Es liegen nur Schreiben oder vermeintliche sog. „Bescheide“ in Form von Entwürfen vor, da die BaFin bislang offenkundig grundsätzlich nur vermeintliche „Bescheide“ herstellte.
- 3. Die Königliche Reichsbank betreibt keine Bankgeschäfte.**
- 4. Die BaFin ist kein Bundesamt, sondern eine Firma, die nicht berechtigt ist, hoheitliche Akte zu vollziehen. Ihre Tätigkeiten müssen sich somit auf die von ihnen „beaufsichtigten“ Firmen beschränken, die ihre Tätigkeiten finanzieren.**

Begründungen/Beweise:

Zu 1.)

Der Vollmachtgeber ist Staatsoberhaupt des Staates „Königreich Deutschland“. Gemäß dem höherrangigen Völkergewohnheitsrecht (Art. 25 GG) besitzt der Unterzeichner Vollstreckungsimmunität.

Beweise:

Gründungsurkunde des Staates Königreich Deutschland,

Verfassung des Königreiches Deutschland,

Staatsgründungszeremonie und Wahl zum Oberhaupt des Staates, siehe: KönigreichDeutschland.de

Staatsgebiet: Siehe veröffentlichtes Liegenschaftskataster des Staates Königreich Deutschland.

Staatsvolk: Siehe veröffentlichtes Personenregister des Staates Königreiches Deutschland.

Zu 2.)

Es gibt keinen rechtswirksamen Verwaltungsakt.

Die Bescheide sind nur **vermeintliche** sog. „bestandskräftige Bescheide“. Sie sind jedoch lediglich Entwürfe und deshalb unwirksame „Nicht-Bescheide“, da ihnen ein offenkundiger schwerwiegender Fehler anhaftet. Sie können und müssen deshalb lediglich als Entwürfe gewertet werden. Gegen offenkundige Entwürfe von sog. „Bescheiden“ ist kein Rechtsmittelverfahren geboten, da davon auszugehen ist, daß aus ihnen keine Rechtsfolgen erwachsen können.

Begründung:

Wenn die BaFin behauptet, eine Bundesinstitution zu sein, dann kann der sog. „Bescheid“ immer nur ein Verwaltungsakt gemäß §§ 9, 35 VwVfG sein. Als solcher ist er jedoch wegen offenkundiger Formmängel unwirksam.

Er genügt nicht den Formerfordernissen eines wirksamen Bescheides, da er nicht vom bevollmächtigten Behördenleiter oder einer anderen bevollmächtigten Person eigenhändig unterschrieben ist.

a) Gemäß der allgemein anerkannten Rechtsprechung handelt eine Person, die „im Auftrag“ handelt, nicht eigenverantwortlich. Sie handelt weisungsgebunden und gibt keine eigene wirksame Willenserklärung ab. Eine wirksame Willenserklärung ist zu keinem Zeitpunkt hier eingegangen. Ein für Sie „Im Auftrag“ handelnder Mitarbeiter legte auch zu keinem Zeitpunkt eine Vollmacht seines nicht genannten Auftraggebers vor, die ihn als ordentlich Bevollmächtigten für uns glaubhaft handlungsbefugt gemacht hätte. Auch hat er keine Bevollmächtigung oder Bestallungsurkunde vorgelegt, die es ihm erlauben würde, im Auftrage rechtswirksame Schreiben erstellen, unterschreiben und/oder versenden zu können.

b) Für den Fall, daß er diese Bevollmächtigung hätte, wäre seine Unterschrift erforderlich, um den Entwurfscharakter auszuschließen.

Gemäß § 126 BGB (die BaFin ist eine bei UPIK gelistete Firma und handelt nach Handelsrecht) und auch für den Fall, daß die BaFin als eine sog. „Bundesbehörde“ anzusehen wäre, muß gemäß Kommentar Kopp/Ramsauer 10. Auflage zum § 37 Abs. 3 VwVfG Rn. 31 ein schriftlicher oder elektronischer Verwaltungsakt die erlassende Behörde erkennen lassen und die Unterschrift oder die Namenswiedergabe des Behördenleiters, seines Vertreters oder seines Beauftragten enthalten. Das Erfordernis der Unterschrift bzw. Namenswiedergabe soll vor allem im Interesse der Rechtsicherheit grundsätzlich gewährleisten, daß nicht (noch) unfertige, noch nicht als endgültige

Entscheidungen gedachte Schreiben, insbesondere Entwürfe, als Verwaltungsakte „ergehen“ - sog. „Beweisfunktion“; es soll außerdem im Interesse des Bürgers wie auch der Verwaltung selbst (insoweit aA BverfGE 45, 193: die Behörde soll dadurch nicht geschützt werden) sicherstellen, daß Verwaltungsakte nur von den nach der internen Organisation der Behörde zuständigen „zeichnungsberechtigten“ und damit für die Handlung verantwortlichen **Amtsträgern** bzw. nur mit deren Billigung erlassen werden – sog. Garantiefunktion (OVG Weimar NvwZ-RR 1995, 253) und dient insofern auch der Identifizierung des verantwortlichen Sachbearbeiters.

Im gleichen Kommentar ist unter Rn. 32 zur Unterschrift erklärt:

„Die ausdrückliche Erwähnung der Unterschrift in Abs. 3 schließt es nicht aus, daß entsprechend der früheren Rechtsprechung das Fehlen einer Unterschrift dann als unbeachtlich angesehen wird, wenn aus den gesamten Umständen, z.B. **aus einem Begleitschreiben, das den Anforderungen des Abs. 3 genügt** (BGH NJW 1984, 1760 und BverwG NvwZ 1991, 1193) zweifelsfrei hervorgeht, daß es sich um eine abschließende, für den Bürger bestimmte Entscheidung und nicht lediglich um einen Entwurf, der noch einer abschließenden Entscheidung, der Zustimmung des (bevollmächtigten oder ordentlich bestellten) Behördenleiters usw. bedarf, handelt.

In Rn. 33 ist klar zum Ausdruck gebracht:

„**Unterschrift bedeutet eigenhändige Unterzeichnung** durch eine **natürliche Person** mit ihrem Namen“.

Im Palandt-Kommentar zum §1 BGB wird klargestellt, daß die „natürliche Person“ Sklave ist.
Zitat:

„Sow ausl Recht völkerrechtsw natürl Pers (Sklaven) die Rfgk vorenthält, ist es gem EG 6 nicht zu beachten.“

(Soweit ausländisches Recht (z.B.: *Besatzungsrecht*) völkerrechtswidrig natürlichen Personen (Sklaven) die Rechtsfähigkeit vorenthält, ist es gemäß Einführungsgesetz Bürgerliches Gesetzbuch § 6 nicht zu beachten.)

Es kann angenommen werden, daß eine völkerrechtskonforme Minderung der Rechtsfähigkeit der natürlichen Person (in der heutigen Zeit ein Sklave) somit statthaft und auch erfolgt ist.

Dies ist auch dadurch zu erkennen, daß das Wort „völkerrechtswidrig“ in früheren Kommentaren des § 1 BGB nicht enthalten war. Es hat somit eine Änderung der Rechtslage stattgefunden.

Somit benötigt diese, in der Minderung der eigenen Rechtsfähigkeit befindliche, sog. „natürliche Person“ (von lat. *persona* - Maske) als weisungsgebundener Sklave in jedem Falle auch eine ordentliche Bevollmächtigung eines Nichtsklaven. Ansonsten wäre die Legitimationskette unterbrochen. Diese beginnt in der Bundesrepublik beim sog. „Obersten Befehlshaber“.

Wenn im selben Kommentar des VwVfG zu dem Punkt, in der Fußnote 48 angeführt, ausgeführt wird:

„die Unterschrift muss, da Abs.3 nicht wie das bürgerliche Recht Eigenhändigkeit vorschreibt, nicht eigenhändig sein“

ist dieser Auffassung nicht zu folgen, da dann sowohl die Beweisfunktion, die Garantiefunktion, die Verantwortlichkeit und auch die Haftung für Amtspflichtverletzung ausgehebelt würden und somit nicht mehr gegeben wären. Diese Schutzfunktionen für den sog. „Bürger“ gegenüber dem sog.

„Staat“ sind zur Wahrung von sog. „rechtsstaatlichen Grundsätzen“ jedoch unbedingt erforderlich, denn darin liegt ja auch der Sinn dieser Vorschrift.

Da die BaFin eine Firma ist, hat sie sich an die Vorschriften des BGB und des geltenden Handelsrechtes zur Erfordernis einer Unterschrift zu halten.

Zudem würden bei der Beachtung dieser Ausführung in der Fußnote kriminelle Elemente in der Verwaltung (wenn die BaFin sich selbst als Bundesinstitution sehen möchte) jegliche Haftung für Amtspflichtverletzungen aushebeln können. Die Folge einer derartigen Rechtsauslegung wäre ein unverantwortlich handelnder „Simulationsstaat“, ein Vorläufer des offenen Faschismus, in dem unverantwortliche sog. (Schein-)„Amtsträger“ Allmacht über die Menschen ausüben könnten und im Falle von Rechtsverletzungen unverfolgbar wären, da sie ohne eigenhändige Unterschrift keine Haftungsfolgen aus sog. „Amtspflichtverletzungen“ oder „Straftaten im Amt“ erfahren würden. Wir in Deutschland sollten einen derartigen Zustand schon aufgrund der Erfahrungen der Geschichte nicht tolerieren und den Anfängen wehren, was jedoch bislang nicht erfolgte. Zudem würde eine derartige Anwendung in der Rechtspraxis der Rn. 33 widersprechen. Es ist im Interesse der Rechtsicherheit zwingend geboten, eine einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten.

Weiter wird in Rn. 33 ausgeführt:

„Die Unterschrift muss grundsätzlich unter dem Text des Verwaltungsaktes stehen und idS den Verwaltungsakt abschließen.“

Gemeint ist die eigenhändige Unterschrift des zeichnungsberechtigten Amtsträgers, wobei die Legitimationskette von einem Nichtsklaven auszugehen hat und nachzuweisen ist. Alles andere würde den Denkgesetzen widersprechen.

Zudem hat die Legitimationskette im Einklang mit bestehenden (höherrangigen) Rechten zu sein.

Gemäß dem von Ihnen illegal auf Deutsche angewendeten Grundgesetz, ist im Art. 25 GG das höherrangige Völkerrecht Bestandteil des sog. „Bundesrechtes“.

Die Haager Landkriegsordnung als Teil des Völkerrechts legt in Art. 45 fest:

„Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueeid zu leisten.“

Die Legitimationskette beginnend vom „Obersten Befehlshaber“ ist damit unterbrochen, da dieser sämtlichen Amtsträgern, Bediensteten und sonstigen im öffentlichen Dienst tätigen „Dienstausweisinhabern“ illegal einen Treueeid auf das Grundgesetz als besatzungsrechtliches Mittel gem. Art 43 HLKO und/oder die sog. „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ des Grundgesetzes abverlangte, was jedoch aufgrund höherrangigen Völkerrechtes rechtswidrig und damit unwirksam ist. Es gibt auch heute noch keine Verfassung, die vom Deutschen Volk in freier Selbstbestimmung angenommen wurde, außer die Verfassung des Königreiches Deutschland.

Es kann in der Bundesrepublik in Deutschland somit auch keine rechtswirksame hoheitliche Tätigkeit ausgeübt, noch eine Legitimationskette hergeleitet werden.

Das Grundgesetz wurde nicht von Deutschen ratifiziert oder als Verfassung angenommen.

Zudem sind sämtliche sog. „Bundestagswahlen“ auf grundgesetzwidrige Weise abgehalten worden (s. BVerfGE 2BvF 3/11), wobei sog. „Bundesbürger“ in einem sog. „Wahllokal“ ihre Stimme in eine „Wahlurne“ „abgeben“. Es kann aus einer derartigen Wahl kein legitimer Gesetzgeber und folglich auch kein legitimes Recht entstehen.

Ohne einen Eid auf das GG ist es in der Ordnung der sog. „Bundesrepublik Deutschland“ nicht möglich, in einem sog. „öffentlichen Amte“ tätig zu sein.

Es kann somit keine rechtswirksame hoheitliche Tätigkeit ausgeübt, noch eine Legitimationskette hergeleitet werden.

Nach Überzeugung des Unterzeichners fehlen aus diesem Grunde grundsätzlich Unterschriften auf sog. „Bescheiden“.

Für den Fall, daß die sog. „Bundesanstalt“ „BaFin“ dieses Schreiben im Original, ähnlich der geübten Praxis bei sog. „Urteilen“ sog. „gesetzlicher Richter“ (die jedoch keine derartigen Richter sind), in der sog. „Behörde“ beläßt, um auf deren Basis nichtbestellte „Abschriften“ oder „Ausfertigungen“ oder „Kopien“ und dergleichen zu erstellen und zu versenden und zu meinen, daß dies ebenso zur sog. „Bestandskraft“ führen könne, gilt das Folgende:

c) Eine nicht gekennzeichnete „Abschrift“ oder „Ausfertigung“ in einem konkreten Verwaltungsakt als „Bescheid“ auszustellen ist nicht zulässig.

Im Falle der (**Erteilung einer Abschrift** mit) Namenswiedergabe (für eine Behörde oder andere Stelle, vgl. VwVfG §§ 33,34), ist die **von der Kanzlei beglaubigte Namenswiedergabe** zu verstehen (§ 37 VwVfG, Rn. 35).

Der Beglaubigungsvermerk muß die Übereinstimmung der Namenswiedergabe mit der handschriftlichen Unterschrift in dem bei der Behörde verbleibenden Original bestätigen und selbst von dem Beamten oder Angestellten, der die Beglaubigung vornimmt, unterschrieben werden. Dazu sind die Vorschriften zur Beglaubigung des § 34 Rn.3 ff zu beachten.

In der Form einer Abschrift oder sog. Ausfertigung versendeten Sie als BaFin im Rechtsschein der Wirksamkeit Ihre sog. „Bescheide“ oder ließen sie versenden. Sie sind jedoch unwirksam, da es der Unterschrift des zeichnungsberechtigten Sachbearbeiters ermangelt.

Um eine Abschrift handelt es sich jedoch nicht. Dies hätte auch kenntlich gemacht werden müssen. Zudem ist diese nicht bestellt worden.

Gemäß des Kommentars handelt es sich bei den §§ 33 und 34 VwVfG lediglich um materiellrechtliche Regelungen über Beglaubigungsbefugnisse, die in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren iS des § 9 (Begriff des Verwaltungsverfahrens) stehen und die als sog. annexe (*angehängte*) Materie nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit in das VwVfG hineingenommen wurden. Insbesondere ergibt sich aus dem Zweck der Regelung, daß sie Zulässigkeit von Beglaubigungen **unabhängig von einem konkreten Verfahren** iS von § 9 regelt.

Hinter dem obig angeführten sog. „Bescheid“ steht jedoch ein konkretes Verwaltungsverfahren im Sinne des § 9 VwVfG. Somit ist dieses von einer zeichnungsberechtigten „natürlichen Person“ zu unterzeichnen.

d) Im Falle der Wertung des Schreibens als Abschrift, ist diese an die Formerfordernisse des § 33 Abs.(3) VwVfG gebunden.

Gemäß § 33 Abs (3) wird eine Abschrift durch einen Beglaubigungsvermerk beglaubigt. Der Vermerk muß enthalten:

1. die genaue Bezeichnung des Schriftstückes, dessen Abschrift beglaubigt wird,
2. die Feststellung, daß die beglaubigte Abschrift mit dem vorgelegten Schriftstück übereinstimmt

3. den Hinweis, daß die beglaubigte Abschrift nur zur Vorlage bei der angegebenen Behörde erteilt wird, wenn die Urschrift nicht von einer Behörde ausgestellt worden ist,
4. den Ort und den Tag der Beglaubigung, die Unterschrift des für die Beglaubigung zuständigen Bediensteten und das Dienstsiegel.

In Rn. 27 sind die Mindestanforderungen an eine Beglaubigung von Dokumenten in einem Muster dargestellt. Auch bei Nichtverwendung des Musters und der Verwendung einer selbst entworfenen Form des Beglaubigungsvermerkes sind diese Anforderungen zu erfüllen. Sie werden von dem o.g. sog. „Bescheid“ jedoch nicht erfüllt.

Die Beglaubigung eines Dokumentes ist gemäß Rn. 26 des § 33 o.g. Kommentars wegen Nichtbeachtung der Formerfordernisse nichtig. Damit ist auch im Falle einer Abschrift diese nur ein Entwurf und damit unwirksam und nichtig.

Da es aufgrund der fehlenden Unterschrift kein tatsächlicher Verwaltungsakt gemäß § 9 VwVfG sein kann, es sich auch nicht um eine Abschrift eines amtlichen Dokumentes einer Behörde handeln kann, so kann es sich also bestenfalls nur um den Anschein einer vorgenommenen Unterschriftsbeglaubigung handeln.

Selbst wenn Sie die Auffassung vertreten, daß auch eine schlichte mit dem Zusatz „gez.“ versehene Namenswiedergabe, d.h. Wiedergabe jedenfalls des Familiennamens, in Ihrem sog. „Bescheid“, den Sie als nicht bestellte und von Ihnen nicht kenntlich gemachte Abschrift an „Herrn Peter Fitzek Königliche Reichsbank“ sandten, genügen würde, dann **muß der Beglaubigungsvermerk die Übereinstimmung der Namenswiedergabe mit der handschriftlichen Unterschrift in dem bei der „Behörde“ verbleibenden Original bestätigen und selbst von dem Beamten oder Angestellten**, der die Beglaubigung vornimmt, unterschrieben werden.

Eine namentlich nicht genau bezeichnete Tarifbeschäftigte kann keine derartige Person sein.

Gemäß § 34 VwVfG, welcher die Beglaubigungsvorschriften von Unterschriften regelt, Rn. 3 ff, ist dabei auf folgende Art vorzugehen:

Wenn Sie die „Königliche Reichsbank“ oder auch die „Person Peter Fitzek“ als „andere Stelle“ ansehen wollen, der aufgrund einer Rechtsvorschrift das unterzeichnete Schriftstück vorzulegen ist, finden die folgenden Vorschriften des VwVfG § 33 Abs. 2 und 3 Anwendung:

- (2) *Eine Unterschrift soll nur beglaubigt werden, wenn sie in Gegenwart des beglaubigenden Bediensteten vollzogen oder anerkannt wird.*
- (3) *Der Beglaubigungsvermerk ist unmittelbar bei der Unterschrift, die beglaubigt werden soll, anzubringen. Er muss enthalten:*
 1. *die Bestätigung, dass die Unterschrift echt ist*
 2. *die genaue Bezeichnung desjenigen, dessen Unterschrift beglaubigt wird, sowie die Angabe, ob sich der für die Beglaubigung zuständige Bedienstete Gewissheit über diese Person verschafft hat und ob die Unterschrift in seiner Gegenwart vollzogen oder anerkannt worden ist,*
 3. *den Hinweis, dass die Beglaubigung nur zur Vorlage bei der angegebenen Behörde oder Stelle bestimmt ist,*
 4. *den Ort und Tag der Beglaubigung, die Unterschrift des für die Beglaubigung zuständigen Bediensteten und das Dienstsiegel.*

Die Vorschriften zur Form der Beglaubigung, wie diese in Rn. 9 o.g. Kommentars näher aufgeführt ist, sind nicht erfüllt. Das Bundesministerium des Inneren hat schon mit Rundschreiben v. 08.12.1976 (GMBI S. 684) für das Beglaubigungsvermerk ein Muster mit folgendem Inhalt empfohlen, welches an die BaFin angepaßt, folgendermaßen auszusehen hätte:

„Die/Das vorstehende Unterschrift/Handzeichen ist von

(Vorname, Familienname, ggf. Geburtsname)

wohnhaft in _____
(Ort, Straße und Hausnummer)

persönlich bekannt – ausgewiesen durch _____

(Personalausweis, Paß)

vor mir vollzogen – anerkannt – worden.
Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.
Die Beglaubigung wird nur zur Vorlage bei

(Behörde oder Stelle)
erteilt.

_____ den, _____ (Siegel) Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Im Auftrag

(Unterschrift)

Einzig diese Form genügt den Intentionen der Vorschriften des VwVfG nach Rechtsicherheit und Beweisfunktion. Nur diese garantiert, daß Verwaltungsakte nur von den nach der internen Organisation der Behörde zuständigen „zeichnungsberechtigten“ und damit für die Handlung verantwortlichen **Amtsträgern** bzw. nur mit deren Billigung erlassen werden – sog. Garantiefunktion und nur diese vorgeschriebene Form genügt zur Identifizierung des verantwortlichen Sachbearbeiters.

Gemäß Rn. 8 des genannten Kommentars zum § 34 VwVfG, sind die einzelnen Blätter des Schreibens zudem miteinander zu verbinden und die Verbindungsstelle ist zu siegeln. Dies ist nicht geschehen.

Gemäß Rn. 10 führt der Verstoß gegen die formellen Erfordernisse für das Beglaubigungsvermerk zur Nichtigkeit (Ungültigkeit) der Beglaubigung. Außerdem kommen uU Schadensersatzansprüche aus **Amtshaftung** in Betracht.

Wir können Sie aber beruhigen. Sofern Sie die vermeintlichen „Bescheide“ zurücknehmen oder auch sonstwie wieder den rechtmäßigen Zustand herstellen und die von Ihnen gepfändeten Gegenstände vollständig zurückgeben, werden Sie nicht behelligt.

Diese Schadenersatzansprüche sind in den §§ 823 (Schadenersatzpflicht) und 839 (Haftung bei Amtspflichtverletzung) BGB geregelt, da es keine sog. „Staatshaftung“ gibt. Auch der § 36 des Beamtenstatusgesetzes (der auch für alle Bediensteten gilt) regelt, daß der Beamte für die Rechtmäßigkeit seiner dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung trägt.

Da die Beglaubigung nichtig ist, es keine Unterschrift auf den sog. „Bescheiden“ durch den Aussteller der sog. „Bescheide“ gibt, der (ordentlich bestellte) Behördenleiter weder mit Unterschrift noch mit Namenszug erkennbar ist, die Schreiben weiteren Formerfordernissen (fehlende Siegelung) nicht genügen, die natürliche Person „Gohr“ als Sklave keine eigene wirksame Willensbekundung liefern kann und auch keine ordentliche Bevollmächtigung eines Nichtsklaven lieferte, sind alle Schreiben **ohne ein unterschriebenes Begleitschreiben durch einen Amtsträger** unwirksam.

Da es zu keinem sog. „Bescheid“ ein unterzeichnetes Begleitschreiben durch so einen Amtsträger gab, auch nicht im Falle des Entwurfes des sog. Bescheides mit oben genannter Nummer, ist der Entwurfscharakter der Schreiben immer von vornherein offenkundig und damit das Schreiben als unbeachtlich zu erkennen gewesen.

Zudem wird darauf hingewiesen, daß auch im Muster, welches vom Bundesministerium des Inneren als Teil der Institutionen der Besatzer zur Unterschriftenbeglaubigung herausgegeben wurde, die Formulierung „**wohnhaft**“ anstelle der korrekten Bezeichnung „Wohnsitz“ verwendet wurde.

Gemäß der „Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung – Deutschland“ unterliegen im Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers gemäß Gesetz Nr. 52 (Sperrung und Beaufsichtigung von Vermögen) unter Artikel 1; 1., Buchstabe d)

„Alle Personen (Sklaven) die von der Militärregierung in Haft genommen sind oder sonstwie in Verwahrung gehalten werden ... der Beschlagnahme sowie der Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung.“

Unter Artikel VII – Begriffsbestimmungen, ist aufgeführt:

- a) Personen bedeutet jede natürliche Person ...
- c) Vermögen bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen ...
- d) Ein „Staatsbürger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet, ein Untertan (Sklave = Sache) oder Staatsbürger ...
- e) Deutschland bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Daß das Besatzungsrecht nach wie vor in Kraft ist, ist allgemein bekannt und offenkundig.

Sie können keine Vollmacht des sog. „Obersten Befehlshabers“ oder eine mit Vollmachten ausgestattete Legitimationskette für Ihre Handlungen vorweisen.

Sie können nicht nachweisen, ein Amtsträger zu sein. Sie selbst sind in einem geminderten rechtlichen Status und nur Bediensteter mit einem „Dienstausweis“.

Alle bisher vorgenommenen sog. „Zwangsvollstreckungen“ sind somit illegal. Entwürfe entfalten keine rechtliche Wirkung. Die Behauptung, daß sog. „Bescheide“ „bestandskräftig“ seien (worunter fehlgeschulte Mitarbeiter sog. „Bundes- oder Landesbehörden“ im Verwaltungsverfahren „rechtskräftig“ versehen), ist somit haltlos. Wir hatten das immer erkannt und gerügt und deshalb nie einen sog. „Widerspruch“ erhoben.

Durch die Beschlagnahme des Deutschen Reiches durch die alliierten Siegermächte und der schrittweisen Abschaffung der wahren Deutschen Staatlichkeit (in der der bürgerliche Tod und die Sklaverei für alle Deutschen schon einmal abgeschafft war; s. § 1 BGB Kommentar aus dem Jahre 1909 oder auch noch 1927 v. Fischer/Henle "Alle rechtsfähig, Sklaverei und bürgerlicher Tod unzulässig"), wurde ein unsäglicher illegaler Zustand nur scheinbarer Rechtstaatlichkeit für die Menschen geschaffen, den es wieder abzuschaffen gilt, damit ein tatsächlicher rechtstaatlicher Zustand und auch das Völkerrecht wiederhergestellt werden kann und die Menschheit nicht in einer bargeldlosen faschistischen Sklaverei endet.

Dieser rechtlich geminderte Zustand für alle Menschen wurde auch mithilfe der Maskierung (*natürliche "Person" - Maske*) von vormalen freien Menschen mithilfe des ausländischen Besatzungsrechtes und durch die Schaffung der "Wohn-haft" völkerrechtskonform (*Besatzungsrecht und nun auch Lissabon-Vertrag mit Schaffung einer supranationalen Int. Organisation durch die Verwendung des Internationalen Vertragsrechtes*) bewirkt, und so wurde der vormalen freie Mensch im Deutschen Reich wiederum schrittweise in seinem rechtlichen Status gemindert, was es durch die Schaffung echter Staatlichkeit mit einer Verfassung wieder zu beseitigen gilt. Darin sieht der Oberste Souverän seine Aufgabe.

Zudem ist in dem vom Bundesministerium des Inneren herausgegebenen Muster zur Beglaubigung zum Fehler der „wohnhafte“ noch ein weiterer „Fehler“ enthalten. Eine Beglaubigung „im Auftrag“ auszuführen legt dar, daß es sich bei dem Willen der Urkundsbeamtin in der Kanzlei wiederum um keine eigene Willensbekundung handeln kann. Im Interesse der Rechtsicherheit und der Schutzfunktion der Gesetze für den Bürger gegenüber dem sog. „Rechtsstaat“ ist Freiheit und Unabhängigkeit des Urkundsbeamten der Kanzlei jedoch zwingend erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, daß der Urkundsbeamte unabhängig und in der Lage ist zu prüfen, ob es sich tatsächlich um unterschriebene, eindeutige, Wirksamkeit habende und auch Haftung auslösende Verwaltungsakte handelt, die er beglaubigt. Ein/e abhängige/r Tarifbeschäftigte/r kann dies nicht. Vielmehr muß die Beglaubigung von der Kanzlei durch eine/n Urkundsbeamten/in vorgenommen werden, der/die nicht weisungsgebunden handelt und eigenen Willen zum Ausdruck bringen kann. Nur so sind rechtstaatliche Grundsätze gesichert. Eine „Tarifbeschäftigte“, die **als** Urkundsbeamtin im Rechtsschein handelt, ist nicht legitimiert, derartige Handlungen tätigen zu können.

Wir haben Ihnen nun ausreichend substantiiert dargelegt, weshalb Ihre Schreiben nur immer wieder als Entwürfe gewertet wurden und damit zurückgewiesen und ignoriert werden mußten.

Als Beweis für die Tatsache, daß nicht ordentlich unterschriebene Schreiben rechtswidrig sind, sei hier ein Schreiben der Lutherstadt Wittenberg als Beweis in **Anhang 1** angeführt. Rechtswidrig heißt für uns: nichtig und unwirksam.

Selbstverständlich werden wir auch nur wieder alle Angelegenheiten, **mit denen Sie den Obersten Souverän beschweren wollen**, die Sie in Ihren Entwürfen per Fax senden, ignorieren können, da Sie keine rechtswirksamen Schreiben senden wollen.

Der demnächst öffentlich bekannt werdende und auch öffentlich auftretende Schilo wird Sie schon bald in Ihre Schranken weisen. Daß er die Führung übernehmen muß, wird immer offenkundiger, schafft es die Menschheit doch nicht selbst, ihr krankes System zu stoppen und der dunklen Seite Einhalt durch ihre bewußten und richtigen Handlungen zu gebieten.

Die Presse wird dies hoffentlich erkennen. Ob sie es mutig fördert, wird sich zeigen. Sicher wird dies in der schon vorangeschrittenen Zeit auch bald Notwendig sein, sollte es gewollt sein, das als Möglichkeit bestehende zukünftige kollektive Abschlachten zu vermeiden. Gern kann der Oberste

Souverän Ihnen dabei helfen, das Eine als auch das Andere liegt ja im Bereich Seiner Zuständigkeit und Er ist da ganz entspannt, egal wie es kommt.

Sie haben in der Vergangenheit zwar kraft Ihrer faktischen Macht Ihre unwirksamen sog. „Bescheide“, die in vermeintliche sog. „Bestandskraft“ gelangt sein sollen, bereits vollstrecken lassen, aber nun sind ihre Mittel ja vollständig erschöpft und die „Königliche Reichsbank“ ist immer noch da und bislang ist sie jeden Tag zu den Öffnungszeiten geöffnet.

Wenn wir wollten, dann könnten wir sie auch wieder schließen. Gezeigt, daß es geht, haben wir ja und wir müssen für die Menschheit gar nichts tun. Wir wollen. Wir können auch abwarten. Die allermeisten Menschen warten ja ängstlich ab, ohne sich selbst zu engagieren. Sie erwarten wohl, daß jemand Anderes für sie alle Kartoffeln aus dem Feuer holt. Das ist aber nicht unsere Aufgabe. Wir zeigen nur, wie es geht, und der Oberste Souverän ist bereit zu führen, wenn ihm die Führung gegeben wird. Wir sind zu jeder Änderung unserer Verhaltensweise in der Lage. Wenn nicht, dann warten wir eben auf Euer kollektives Abschlachten.

“Wenn er ein König ist, dann kannst Du ihn nicht verletzen” Liber ...

A ... A ...

So ganz unrecht hatte er damit nicht.

Die vorletzte der an anderer Stelle geschilderten Vorgehensweise der Rangreihenfolge des Kollektiventwicklungsspiels ist noch nicht nötig und dieses Mal auch nicht erwünscht.

Bislang haben Ihre Taten die Verhaltensweise des Obersten Souveräns im Handlungsprinzip nicht verändert! Zugegeben, die Vertragsausgestaltung ist aufgrund Ihrer Taten ausgereifter und unangreifbarer geworden. Dafür wird herzlich gedankt. Auch die Konfrontation hatte ihren Sinn. Die „Werbung“ war unbezahlbar und einfach nötig und gern hat der Oberste Souverän Sie dafür benutzt und Sie sind auch brav durch alle Reifen gesprungen.

Nur der Oberste Souverän selbst entscheidet, was er tut, und er hat dabei alle Freiheit. Er ist der Herr ...

Das Königreich Deutschland ist ja dadurch viel bekannter geworden und erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Ihre Unrechtshandlungen werden so auch immer offenkundiger.

Daß Sie eine Sitzbank erbeutet und allerlei andere unwichtige Dinge mitgenommen haben, stört nun nicht sonderlich. Es verunsichert nur die einfachen Menschen, was zur Folge hat, daß sie sich immer noch nicht genügend selbst engagieren, was wiederum zur Folge hat, daß die von Ihnen gestohlenen Dinge wieder unbedingt zurückgeholt werden müssen, schon um dem einfachen Mann zu zeigen, daß der Oberste Souverän auf lange Sicht den längeren Arm hat und sich das Recht durchsetzt.

Dann beginnen Sie vielleicht selbst, mehr Mut zu haben und engagieren sich vielleicht endlich für sich selbst. Wir sind hier ja nicht zu unserem eigenen Vergnügen oder zu unserer Bereicherung tätig, sondern ausschließlich FÜR die Menschheit.

Wenn Sie dabei nicht mitmachen, dann werden Wir nur immer schlimmer für Sie sein und es fallen dann immer mehr „Kollateralschäden“ an.

Doch wieder etwas mehr zurück zu den rechtlichen Aspekten.

Die Frage ist ja nun, ob Sie Ihre sog. „Vollstreckungen“ auch rechtlich sauber, also rechtmäßig tun oder tun lassen können oder nicht, und diese Frage ist ganz klar zu verneinen. Wir erklären Ihnen und allen anderen Lesern auch gern, warum das so ist:

Selbst im Geltungsbereich des Bonner Grundgesetzes taten in der Vergangenheit bislang fast alle so, als ob nichtige und/oder Nicht-Entscheidungen nicht in Rechtskraft erwachsen könnten, so daß sie

schließlich auch nicht gewaltsam vollstreckt werden dürften, und es blieb in solchen Fällen der sog. „Rechtskraftvermerk“ wirkungslos. Wenn nun alle Beteiligten offen zugeben, daß Sklaven keinerlei Rechte haben und im System der Bundesrepublik nur so getan wird, als ob es so wäre, damit die Sklaven nicht bemerken, daß sie als leibeigene Lohnsklaven noch viel härter geknechtet werden als im Feudalismus und sie ihre eigene Versklavung selbst organisieren und auch finanzieren, dann wären ja alle schon ein Stückchen weiter in ihrem Erkenntnisprozeß.

In einem Rechtsstaat westlicher Prägung (die BRD ist keine derartiger Rechtsstaat) besteht rechtmäßiges hoheitliches Handeln nur dann, wenn die Ausübung sog. „staatlicher Hoheitsgewalt“ auf der Grundlage einer **Verfassung** und von **formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen** mit dem Ziel der Gewährleistung von Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtsicherheit zulässig ist.

Alle auf der Verfassung und den formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen beruhenden Akte der vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt müssen **rechtmäßig** sein, d.h., sie dürfen weder der Verfassung, und im Falle der Bundesrepublik in Deutschland dem faktisch angewandten Grundgesetz, noch den formell und materiell verfassungsmäßig oder grundgesetzmäßig erlassenen Gesetzen widersprechen, weil sie sonst **rechtswidrig** sind. Bei den „staatlichen Hoheitsakten“ sind Entscheidungen im Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren zu unterscheiden.

In **formeller und materieller Hinsicht rechtmäßig zustande gekommene Entscheidungen** im Erkenntnisverfahren unterliegen grundsätzlich ihrer Vollstreckbarkeit in der faktischen Ordnung des Grundgesetzes im Anwendungsbereich auf die eigenen Sklaven.

Schon die formellen Voraussetzungen liegen bei Ihren sog. „Bescheiden“ jedoch nicht vor. Auch die Vollstreckung selbst muß in formeller und materieller Hinsicht rechtmäßig sein, um sog. „rechtsstaatlichen Ansprüchen“ zu genügen, aber das können die Vollstreckungsstellen gar nicht mehr prüfen.

Verstößt eine Entscheidung im Erkenntnis- oder / und auch im Vollstreckungsverfahren in formeller oder materieller Hinsicht in einem sog. „Rechtsstaat“ gegen geltendes Verfassungs- oder einfaches Recht, so ist zu prüfen, ob der ihnen anhaftende Mangel besonders schwer, offensichtlich oder zumindest leicht erkennbar ist. In einem solchen Fall ist die fehlerhafte Entscheidung nichtig und nicht nur im Rechtsmittelverfahren anfechtbar. Als Nichtigkeitsgründe fallen vorab funktionelle und sachliche Unzuständigkeit der entscheidenden Behörde und Gerichte sowie gravierende Verfahrens- oder Formfehler in Betracht.

Ist ein Verwaltungsakt oder eine gerichtliche Entscheidung nichtig, so existieren sie nicht (oder nur zum Schein) und haben keinerlei Rechtswirkungen. Sie können daher auch nicht als Rechtsöffnungstitel dienen.

Bei **rechtsfehlerfreien Entscheidungen** ist **ein Staat befugt** oder es ist sogar seine Aufgabe, ordnungsgemäß titulierte Ansprüche notfalls mit Zwang durchzusetzen.

Auch im Einflußbereich des Grundgesetzes bedarf der Einsatz von Zwang stets einer **Ermächtigungsgrundlage**. Andererseits findet Gewaltenausübung eine **unübersteigbare Grenze an den Grundrechten**. Diese sind nicht nur subjektive **Abwehrrechte des einzelnen** sog. „Bürgers“ **gegen sog. „staatliche oder hoheitliche Maßnahmen“**, sondern zugleich objektive Grundentscheidungen einer Verfassung oder auch des Grundgesetzes, die für alle Bereiche des Rechtes gelten. Sie binden die gesamte Gewaltausübung und sind nach der ausdrücklichen Anordnung des Art. 1 Abs. 3 GG unmittelbar wirksames Recht.

Ist die fehlerhafte Entscheidung **minder schwer**, unterliegt sie lediglich der Anfechtbarkeit im Rechtsmittelverfahren.

Nach **Abschluß des Rechtsmittelverfahrens erwächst die Entscheidung in Rechtskraft** und kann vollstreckt werden. Sie tun ja so, als hätten Sie einen Titel.

Allerdings erwachsen Entscheidungen, die gegen fundamentale Verfassungs- oder grundgesetzliche Grundsätze wie die Freiheitsgrundrechte, die grundrechtsgleichen Rechte wie **z.B.** das prozessuale Freiheitsgrundrecht gemäß Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG in Gestalt der Rechtsweggarantie, den unabhängigen gesetzlichen Richter gemäß Art. 97 und 101 GG und das Recht auf das rechtliche Gehör gemäß Art. 103 GG und die zwingenden Gültigkeitsvorschriften wie z.B. das sog. Zitiergebot gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG verstoßen, niemals in Rechtskraft, **auch nicht, wenn die Entscheidung mit einem Rechtskraftvermerk versehen worden ist.**

Nun ist zu beobachten, ob Sie sich wie ein sog. „Rechtsstaat“ verhalten oder ob die Bundesrepublik nun eine offen agierende Diktatur des Unrechtes ist.

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir auf die gelieferte Widerspruchsbegründung, aus der hervorgeht, daß es kein rechtmäßig durchgeführtes Verwaltungsverfahren gibt, da Sie offenkundig und leicht erkennbar nur nichtige sog. „Bescheide“ in Form von Entwürfen lieferten. Die betreffenden Fehlentscheidungen sind in jedem Fall nichtig oder es handelt sich sogar um „Nicht-Entscheidungen“, weil der ihnen anhaftende Mangel besonders schwer, offensichtlich oder zumindest leicht erkennbar ist. Diese Fehlentscheidungen bilden immer Verstöße gegen Art. 1 Abs. 3 und 2 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG und stellen gleichzeitig immer eine Grundrechteverletzung in Gestalt der Verletzung der Menschenwürde gemäß Art. 1 Abs. 1 GG dar. Solche Fehlentscheidungen existieren nicht (oder nur zum Schein) und können keinerlei Rechtswirkungen erzielen, also auch nicht vollstreckt werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit müssen sie allerdings deklaratorisch aufgehoben werden, was sich aus Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 3 und 2 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG ergibt.

Der Verursacher einer nichtigen oder „Nicht-Entscheidung“ ist gemäß Art. 1 Abs. 3 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 2 GG verpflichtet, seine die Grundrechte des Adressaten der nichtigen oder „Nicht-Entscheidung“ verletzende Entscheidung deklaratorisch aufzuheben. Die Aufhebung der nichtigen oder „Nicht-Entscheidung“ ist nicht nur geboten, um die Grundrechteverletzung im Wege der Folgenbeseitigung zwecks Rückabwicklung wieder herzustellen, sondern auch zum Zwecke der Wiederherstellung der Rechtssicherheit, die Sie doch alle immer wahren wollen, zumindest dem Anschein nach.

Falls der einfache Gesetzgeber den Rechtsweg gemäß dem Rechtsbefehl gemäß Art. 19 Abs. 4 Satz 2, 2. Halbsatz GG ausgestaltet, wäre die deklaratorische Aufhebung von **nichtigen** oder **„Nicht-Entscheidungen“** wohl auf diesem Rechtsweg zu erlangen.

In einem Rechtsstaat westlicher Prägung muß in jedem Fall einer Rechtsverletzung ein Rechtsmittelverfahren möglich sein, d.h., es muß ein Rechtsweg zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit einer belastenden Entscheidung bestehen.

Da in **Art. 19 Abs. 4 Satz 2, 2. Halbsatz GG** der achte Rechtsweg zwar grundgesetzlich garantiert, aber vom einfachen Gesetzgeber seit dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes immer noch nicht durch ein Gesetz mit den erforderlichen Organisations- und Ausführungsbestimmungen ausgestaltet worden ist, kann die Bundesrepublik Deutschland auch nicht als Rechtsstaat westlicher Prägung angesehen werden.

Die anderen Staatsaufbauprobleme lassen wir an der Stelle mal außer Acht. Die sind Ihnen ja hinreichend bekannt.

Zum besseren Verständnis wollen wir Ihnen einige Beispiele für gesetzgeberische, behördliche und gerichtliche Fehlentscheidungen, in denen der anhaftende Mangel besonders schwer, offensichtlich oder zumindest leicht erkennbar ist, aufzeigen:

Von den untergegangenen Gesetzen aus der Zeit des NS-Terrorregimes zwischen dem 05.03.1933 und dem 08.05.1945 werden z. B. immer noch

- **die Justizbeitreibungsordnung vom 11.03.1937**
 - **das Einkommensteuergesetz vom 16.10.1934**
- und auch viele weitere sog. „Rechtsvorschriften“
angewandt.

Diese Kodifikationen aus der NS-Zeit sind mit dem offiziellen Ableben des sog. Diktators Adolf Hitler am 30.04.1945 und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht des sog. „Dritten Reiches“ am 08.05.1945 **ersatzlos untergegangen**. Das ist ausdrücklich durch die für allgemeingültig erklärte Entscheidung des von den Alliierten in Rastatt eingerichteten Tribunal Général vom 06.01.1947 deklaratorisch verbindlich **für alle deutschen Gerichte und Behörden entschieden worden**.

Die Verbindlichkeit dieser Entscheidung des Tribunal Général gilt gemäß Art. 139 GG für sowohl den einfachen Gesetzgeber als auch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung bis heute fort.

Ein Beispiel für einen Verstoß gegen eine zwingende Gültigkeitsvorschrift des Bonner Grundgesetzes ist die Unterlassung der namentlichen Nennung des einzuschränkenden Grundrechtes unter Angabe seines Artikels gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG (sog. Zitiergebot). Z. B. weisen folgende einfache Gesetze diesen nachträglich unheilbaren Mangel auf:

- **GVG (Gerichtsverfassungsgesetz)**
- **StPO (Strafprozessordnung)**
- **ZPO (Zivilprozessordnung)**
- **FamFG als Nachfolger des FGG**
- **SGB II (Sozialgesetzbuch)**
- **Abgabenordnung als Nachfolger der Reichs-AO**
- **FGO (Finanzgerichtsordnung)**
- **UStG (Umsatzsteuergesetz)**
- **GBO (Grundbuchordnung)**
- **Seeschiffsregisterordnung**
- **RPflG (Rechtspflegergesetz)**
- **Nds. VwVG (Verwaltungsvollstreckungsgesetz)**
- **BVerfGG (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)**

Da all diesen einfachen Gesetzen ein besonders schwerer, offensichtlicher oder zumindest leicht erkennbarer unheilbarer Mangel anhaftet, sind sie ungültig, d.h., sie existieren nicht. Warum also sollte in diesen juristischen Bereichen ein Verfahren mit Ihnen geführt werden? Auf welcher Grundlage? Wir wollen diesen Unfug nicht!

Aber der offene Faschismus kommt noch deutlicher zu Tage:

Ein Beispiel für einen eklatanten Verstoß gegen ein grundrechtsgleiches Recht des Bonner Grundgesetzes ist das Strafbefehlsverfahren gemäß §§ 407 ff StPO. Das Strafbefehlsverfahren verstößt nicht nur gegen Art. 103 GG, sondern auch gegen Art. 6 EMRK. Und da das allgemeine Völkerrecht dem Bundesrecht vorrangig ist, wollen wir es nicht dadurch mit Füßen treten, indem wir Ihren Unfug mitmachen.

Bei dem Strafbefehlsverfahren handelt es sich um ein sog. summarisches Verfahren, das heißt, es ermöglicht eine **einseitige** Straffestsetzung auf Antrag der Staatsanwaltschaft **ohne** vorherige Anhörung des Angeschuldigten durch das Gericht, **ohne** Hauptverhandlung und **ohne** Urteil. Dabei muß die Schuld des Täters **nicht** zur Überzeugung des Gerichtes feststehen; **es genügt hinreichender Tatverdacht**.

Dieses sog. summarische Verfahren verstößt mehrfach so schwerwiegend gegen tragende, sog. „Verfassungsgrundsätze“, daß es als unzulässig angesehen werden muß. In der Folge bedeutet dies, daß alle im Strafbefehlsverfahren ergangenen richterlichen Entscheidungen nichtig sind.

Das bundesdeutsche Strafbefehlsverfahren ist auch gemäß § 407 StPO der unanwendbaren StPO unzulässig.

Auch bei der ersten Razzia sandten Sie ja Ihre Schergen mit einem gefakten Haftbefehl, den sich die Staatsanwaltschaft selbst ausgestellt hatte und der schon nach nur 10 Minuten aufflog. Auch die sich ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß bei dieser Aktion illegal im Haus befindliche sog. „Steuer“-fahndung Halle mit dem Herrn Spindler und 5 weiteren Einsatzkräften ist nur wieder ein Zeichen Ihrer faschistischen Diktatur. Illegalität ist wohl ein Merkmal Ihres sog. „Rechtsstaates“, der aus unserer Sicht kein Rechtsstaat ist.

Zur Erinnerung an Ihre illegalen Aktionen hier im **Anhang 2** die Liste der Einsatzkräfte der ersten Razzia. Strafantrag stellten wir ja bislang nicht. Auch die Diebstähle verfolgten wir bislang nicht, obwohl Strafanträge ja von jedem gestellt werden können und die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse hätte die Sache verfolgen **müssen**.

Auch das ist wieder nur ein Beispiel für die Illegalität Ihres Systems und die Kriminalität von Bediensteten im kriminellen System.

Ein weiteres Beispiel für einen Verstoß gegen ein absolutes Freiheitsgrundrecht des Bonner Grundgesetzes ist die Anwendung des § 18.1.1 des ohnehin ein NaSo-Gesetz seienden EStG in seiner kollidierenden Formulierung „**wissenschaftliche, künstlerische**“ zum absoluten Freiheitsgrundrecht gemäß Art. 5.3.1 GG (Kunstfreiheitsgarantie) durch die bundesdeutsche Finanzverwaltung und die bundesdeutsche Finanzgerichtsbarkeit als illegale Sondergerichtsbarkeit. Auch verstößt die so. „Umsatzsteuernachschau“ der Abgabenordnung gegen das Zitiergebot und macht die gesamte Abgabenordnung unanwendbar, da ihr eine salvatorische Klausel fehlt, usw,usf.

So könnte seitenlag weitergemacht werden. Aber es wird einfach weiter gemacht, bis zum offenen Faschismus oder zum erneuten Krieg. Ihr Deutschen seit sooooo sklavisch in Eurem Verhalten, daß es schon weh tut. Aber der Oberste Souverän wird das ändern, wenn es von Ihm gewünscht wird! Gern können Sie Ihn bitten oder durch Ihre Handlungen auf Umwegen zeigen, daß es gewünscht ist.

Zum Schluß sollen noch vier krasse Fehlentscheidungen bundesdeutscher Gerichte wie folgt zitiert werden:

„Ein Verwaltungsakt ist nicht schon deshalb nichtig, weil er der gesetzlichen Grundlage entbehrt oder weil die in Frage kommenden Rechtsvorschriften unrichtig angewendet worden sind.“ (BFH v. 01.10.1981, IV B 13/81)

„Ein Finanzbeamter, der Steuern bewusst falsch festsetzt, begeht keine Rechtsbeugung.“ (BGH 1972 gegen RGSt.71, 315)

„Ein Finanzbeamter, der im Einspruchsverfahren die Steuern bewusst falsch festsetzt, begeht keine Rechtsbeugung. **Allerdings hat sich der Finanzbeamte dabei an das Recht zu halten, ohne dass dieses jedoch seine vordringlichste Aufgabe ist.**“ (OLG Celle 3 Ws 176/86 v.17.04.1986)

„Auch rechtswidrig zustande gekommene Entscheidungen können vollstreckt werden.“ (LG Stade in NZS 11c Qs 65/11 v.08.04.2011)

Wenn es um Geld geht, dann hört der sog. Rechtsstaat auf zu existieren, daß ist offenkundig und das ist wohl Faschismus.

Nach allem ist abschließend festzustellen:

In all den behördlichen und gerichtlichen Fehlentscheidungen, in denen der anhaftende Mangel **besonders schwer, offensichtlich oder zumindest leicht erkennbar ist**, so daß sie als **nichtig** oder als **Nicht-Entscheidungen** einzustufen sind, **ist eine Vollstreckung unzulässig**, auch wenn die Entscheidung mit einem Rechtskraftvermerk versehen worden ist.

In diesem Zusammenhang soll die Entscheidung des BverfG vom 27. September 1978 in BverfGE 49, 220 auszugsweise zitiert werden, auch wenn das BverfG natürlich in selbstverherrlichender Weise und fehlerhaft von „Rechtsstaat“ und „staatliche Gewalt“, „Bürger“, „staatliche Maßnahmen“, „Verfassung“, „Staatsgewalt“ spricht, was ja nur zur Täuschung im Rechtsverkehr, von den Alliierten angeordnet und von den satanisch ausgerichteten Familienclans kontrolliert, so formuliert wird, damit die Sklaven glauben können, sie hätten tatsächlich etwas zu sagen oder sie befänden sich in einem sog. „Rechtsstaat“. Daß der sog. „Rechtsstaat“ kein Rechtsstaat ist und eine rechtsradikale Gesinnung hat, daran ist wohl kaum noch zu zweifeln.

„Im Rechtsstaat des Grundgesetzes bedarf der Einsatz von Zwang jedoch stets einer ausreichenden Ermächtigungsgrundlage. Andererseits findet staatliche Gewalt eine unübersteigbare Grenze an den Grundrechten. Diese sind nicht nur subjektive Abwehrrechte des einzelnen Bürgers gegen staatliche Maßnahmen, sondern zugleich objektive Grundentscheidungen der Verfassung, die für alle Bereiche des Rechts gelten (BVerfGE 21, 362 [371 f.] m.w.N.). Sie binden die gesamte Staatsgewalt und sind nach der ausdrücklichen Anordnung des Art. 1 Abs. 3 GG unmittelbar wirksames Recht und damit Gesetz.“

Außerdem hat der Präsident des nds. sog. „Staatsgerichtshofes“ in Bückeburg Prof. Dr. Jörn Ipsen zutreffend dazu folgendes in seinem Lehrbuch Staatsrecht II, 13. Auflage, Rn 72+76 ausgeführt:

*„Den Grundrechten kommt insoweit eine Vergewisserungsfunktion zu, die geeignet ist, **Untertanengeist und obrigkeitstaatliche Attitüde** zu überwinden. Hierzu gehört, dass der Bürger sich auf seine Grundrechte beruft — auf sie „**pocht**“ und nicht der einzelne hat darzulegen, dass er zum Handeln berechtigt (befugt, ermächtigt) ist; **der Staat muss umgekehrt seine Maßnahmen am Maßstab der Grundrechte rechtfertigen.**“*

Daß bundesrepublikanische Juristen nicht umhin kommen, ihr staatsrechtliches Unwissen zur Schau zu stellen, liegt wohl in der Tatsache begründet, daß Sie sonst gar nichts zur Schau stellen könnten.

Wenn Herr Ipsen davon ausgeht, daß der „Staat“ seine Maßnahmen am Maßstab der Grundrechte rechtfertigen muß, dann mag das bei einem Staat wohl so sein. Beim Besatzungskonstrukt „Bundesrepublik Deutschland“ ist ja immer offenkundiger, daß es nicht so sein muß, geschieht es doch tagtäglich, daß Grundrechte oder das höherrangige Völkerrecht mit Füßen getreten werden, oder, wie es Herr Schäuble treffend formulierte, es „ad absurdum“ geführt ist. Wenn Herr Ipsen hofft, daß dadurch der Untertanengeist zu überwinden ist, dann stellen wir fest, daß er sich da wohl, genau wie wir, bislang einer Hoffnung hingegeben hat, die (noch) nicht erfüllt wurde. Aber die Zeit wird kommen. Wir werden dafür sorgen, wenn es ausdrücklich gewünscht wird.

Im Ergebnis ist einvernehmlich mit dem sog. „Bundesverfassungsgericht“ folgendes festzustellen:

*„Einmal gesetztes Unrecht, das offenbar gegen konstituierende Grundsätze des Rechtes verstößt, wird nicht dadurch zu Recht, daß es angewendet und befolgt wird.“
(BverfGE 23, 98 v. 14.02.1968)*

zu 3.)

Die Königliche Reichsbank tätigt keine Bankgeschäfte. Vielmehr nimmt sie ausschließlich bedingt rückzahlbare Gelder von einem eingeschränkten Personenkreis an.

Gemäß § 1 des Kreditwesengesetzes (KWG) der Bundesrepublik Deutschland sind Bankgeschäfte

"die Annahme fremder Gelder als Einlagen oder anderer unbedingt rückzahlbaren Gelder des Publikums".

Derartiges tun wir nicht. Wir nehmen nur bedingt rückzahlbare Kunstgegenstände (sog. Euro, siehe auch „Währungsrechtliches Grundlagenwissen“ unter „Rechtliches“ auf der Internetseite NeuDeutschland.org) als Geld von Staatsangehörigen oder die Zugehörigkeit zum Königreich Deutschland erklärenden Staatszugehörigen an. In keinem Falle nehmen wir selbst Gelder des Publikums an. Auch wurden und werden die Gelder nicht unbedingt angenommen. Vielmehr wurden und werden immer Bedingungen (ein Nachrang) mit der Annahme verbunden. Somit sind Sie als „Bundesanstalt“ (BaFin) unzuständig.

Auch ihre Einwendungen und Behauptungen, daß die sog. „Anleger“ getäuscht werden könnten und die Klauseln „überraschend“ wären, sind haltlos.

JEDER Kapitalüberlassungsvertrag, den ein Staatszugehöriger oder Staatsangehöriger mit dem Obersten Souverän schloß, ist ohne jegliche Täuschung zustande gekommen. In dem KÜV kommt ganz klar zum Ausdruck, daß die Möglichkeit des Scheiterns sowohl des Königreiches Deutschland als auch des Euro besteht.

Beweis: Kapitalüberlassungsvertrag/Genußrecht in der einzig verwendeten Fassung.

Sämtliches von Ihnen behauptete „Einlagengeschäft“ kann somit nicht bestehen oder hat als abgewickelt zu gelten. Sie haben Ihre sog. „Zwangsgelder“ zurückzunehmen.

Den besagten Kapitalüberlassungsvertrag finden Sie auf „Reichsbank.org“ im Internet und hier im **Anhang 3**.

Zu 4.)

Hier im Anhang finden Sie den Firmenregistrauszug Ihrer Firma. Sie sind somit nur vertraglich berechtigt, auf die per sog. „Gesetz“ von Ihnen beaufsichtigten Unternehmen einzuwirken, da Sie handelsrechtlich immer eine Vertragsgrundlage brauchen, um einwirkend handeln zu können.

Jede zugelassene Bank und jedes beaufsichtigte Versicherungsunternehmen beantragte eine Zulassung von Ihnen und somit entsteht das rechtliche Band durch den Antrag auf Zulassung der Tätigkeit in Ihrer sog. „Rechtsordnung“. Einen derartigen Antrag stellte die „Königliche Reichsbank“ nicht. Vielmehr wurde immer klargestellt, daß es sich bei der „Königlichen Reichsbank“ um kein Unternehmen handelt, welches von Ihnen zu beaufsichtigen wäre. Sie haben keinen derartigen Vertrag zur Beaufsichtigung mit der „Königlichen Reichsbank“ geschlossen, der als Grundlage einer Beaufsichtigung dienen kann.

Rechtswirksame hoheitliche Tätigkeiten kann nur ein Staat auf der Basis einer Verfassung ausüben. Alles andere ist Diktatur. Das Grundgesetz ist keine Verfassung. Der sog. „Bundestag“ kann keine rechtswirksamen Gesetze erlassen. Die sog. „Verfassungsgrundsätze“, die im § 92 StGB formuliert sind, sind längst aufgeweicht worden. Wir werden sie vollständig wiederherstellen, vor allem Punkt vier wird der Oberste Souverän den Menschen wieder ins Bewußtsein rufen. Diese Grundsätze sind das Recht des Deutschen Volkes und so wird die faschistische Un-Ordnung der Bundesrepublik in Deutschland schrittweise abgeschafft, wenn es gewünscht wird. Sollte das GG angewendet werden, ist Widerstand nach GG Art. 20 Absatz 4 heilige Pflicht, den wir weiter üben werden, wenn es das

Deutsche Volk wünscht. Der Wunsch wird durch Übernahmen von Mitverantwortung und gemeinsame Tätigkeit zum Ausdruck gebracht.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Michaelis
Königreich Deutschland